



# Adivasi-Rundbrief 75

- Solidarität mit Indiens Ureinwohnern -  
Hg.: Adivasi-Koordination in Deutschland e.V.  
Jugendheimstr.10, 34132 Kassel  
April 2021

---

## Nr. 75/1: COVID-19: Adivasi die Hauptleidtragenden – Empfehlungen und Forderungen

*Über die Auswirkungen von COVID-19 haben wir im Rundbrief 72 bereits berichtet. Im Folgenden geht es um Empfehlungen und Forderungen an die indische Regierung, die sich aus der Analyse der Auswirkungen ergeben:*

Obwohl indigene Völker in Indien von COVID-19 am schlimmsten betroffen sind, hat es die indische Regierung versäumt, spezielle Programme für indigene Völker in Erwägung zu ziehen. [...] Indiens Strategie steht im Gegensatz zu Maßnahmen, welche von einigen anderen Ländern durchgeführt werden. Dazu zählt beispielsweise die Errichtung einer Beratungsgruppe zu COVID-19 der Aborigines und Torres-Strait-Insulaner durch die australische Regierung, der durch die kanadische Regierung eingerichtete Unterstützungsfonds für indigene Gemeinschaften oder das Nachtragshaushaltsgesetz bezüglich Coronavirus von 2020, das vom US-Präsidenten unterzeichnet wurde. Letzteres beinhaltet gezielte finanzielle Unterstützung für die Stammesvölker, für Stammesorganisationen, für städtische Gesundheitsorganisationen der Indianer\*innen oder Gesundheitsdienste, die sich um Indianer\*innen kümmern.

Offensichtlich hat Indien es unterlassen, den Prinzipien seiner viel gepriesenen Reservierungspolitik [für Adivasi und Dalits] zu folgen – im Kontext des Programmes Aatma Nirbhar Bharat Abhiyan [Mission für ein sich selbstversorgendes Indien – am 12. Mai 2020 wurde ein Covid 19-Hilfspaket unter diesem Namen im Volumen von umgerechnet 260 Mrd. US-Dollar verabschiedet].

Des Weiteren: Die Tatsache, daß Indien den Abbau von Kohle zu einem der Schwerpunkte des wirtschaftlichen Anreizprogrammes im Gefolge von COVID-19 gemacht hat, stellt das Gegenteil dar von dem, was andere Länder unternehmen oder was der UN-Generalsekretär Antonio Guterres am 26. Juni 2020 verlautbart hat – ohne Indien beim Namen zu nennen: "Es gibt beispielsweise keinen guten Grund für irgendein Land, Kohle in seine COVID-19- Förderpläne aufzunehmen. Jetzt ist der Zeitpunkt, in Energiequellen zu investieren, die nicht verschmutzen, die keine Emissionen verursachen, die gute Arbeit schaffen und Geld sparen."



*Gestrandete Wanderarbeiter\*innen am 23. Mai 2020 in Delhi. Foto: Sumita Roy Dutta. CC BY-SA 4.0*

Vor diesem Hintergrund – um sicherzustellen, daß Indiens Reaktion auf COVID-19 die Menschenrechte respektiert und im Besonderen die Rechte der indigenen Völker, daß Indien hilft, angemessen auf die Klimakrise zu reagieren und die Umwelt zu schützen – wird empfohlen, daß die indische Regierung die folgenden Maßnahmen durchführt:

- Sicherstellung, daß die für 2020 angekündigte Änderung der Umweltverträglichkeitsprüfung, falls diese als Erlass verabschiedet wird, sich nicht über die Schutzvorkehrungen hinwegsetzt, diese ändert oder ersetzt, sondern ausdrücklich Vorrichtungen trifft für eine Befolgung dieser Schutzvorkehrungen wie z.B. die PESA-Gesetzgebung [Garantiegesetz für die Selbstbestimmung von Stammesgemeinschaften] und den Forest Rights Act [Waldgesetzgebung] und die Urteile des Obersten Gerichtshofes in Bezug auf die Kompetenzen der Dorfversammlung (Gram Sabha) bei der Zustimmung für Projekte

- Streichung des Etalin-Wasserkraft-Projektes im Dibang-Tal in Arunachal Pradesh. Die so eingesparten Mittel sollten für die Förderung [anderer] erneuerbarer Energieträger verwendet werden

- Umsetzung der Empfehlungen des UN-Generalsekretärs, Kohle nicht in mit COVID-19 zusammenhängende Wirtschaftsförderpläne einzuschließen. Daraus resultierend sollte die Ausschreibung für den Abbau von Kohle an 40 Abbaugebieten zurückgezogen werden [...]

- Entwicklung eines COVID 19-Unterstützungsplanes speziell für und mit indigenen Völkern

*Bearing the Brunt, The Impact of Government Responses to COVID-19 on Indigenous Peoples in India, Herausgeber: International Work Group for Indigenous Affairs (IWGIA), National Campaign Against Torture (NCAT), Indigenous Lawyers Association of India (ILAI), 42 Seiten, Datum der Veröffentlichung: 11. September 2020. Die Publikation ist auf der Website von IWGIA zugänglich:*

<https://www.iwgia.org/en/resources/publications/3838-bearing-the-brunt.html>

*Siehe auch Adivasi-Rundbrief 73: Gesetzesnovellen während Corona: Deutliche Erleichterungen für Bergbau-Unternehmen - Schutzgesetze für Adivasi treten in den Hintergrund*

### **Nr. 75/2 Aktivist Gladson Dungdung über seine Advocacy-Arbeit im Saranda-Waldgebiet, Distrikt West Singhbhum, Jharkhand**

Seit 2011 arbeite ich mit Adivasi in Saranda, dem "Land der siebenhundert Hügel". Der größte Salbaum-Wald Asiens, berühmt für seine Elefanten, Tiger und andere Wildtiere, umfasste ursprünglich fast 850 Quadratkilometer. Etwa 25.000 Adivasi-Familien leben in ihm,

ernten Waldprodukte und betreiben Wanderfeldbau. Doch unter den Bäumen liegen schätzungsweise 25 Prozent der gesamten Eisenerzvorkommen Indiens. Die Ausbeutung dieser Ressource begann im frühen 20. Jahrhundert, als ein Privatunternehmen, die Tata-Gruppe, Adivasi-Land ohne angemessene Entschädigung erwarb und die erste Welle der Migration aus der Region erzwang. Als die Zahl der Minen sich vervielfachte, wuchs auch das Elend der Waldbewohner\*innen. Gegenwärtig sind 50 Lizenzverträge für den Eisenabbau mit einer Fläche von 144 Quadratkilometern im Saranda-Wald in Kraft. Darüber hinaus hat die Regierung von Jharkhand 22 weitere Lizenzverträge über 94 Quadratkilometer Wald mit nationalen und multinationalen Unternehmen abgeschlossen.

Mit anderen Worten verwandelt der Bergbau fast ein Drittel dieses üppigen Waldes direkt in eine Brache. Und weil die Abholzung Bäche austrocknet, Straßen das, was vom Wald übrig geblieben ist, durchquert und der Staub, der von den Rädern tausender erzfördernder Lastwagen aufgewirbelt wird, die Blätter der Bäume im Umkreis von mehreren Kilometern bedeckt, richten die Minen weit mehr Schaden an als die reinen Zahlen vermuten lassen. Sie stellen eine existenzielle Bedrohung für die Adivasi und die unersetzliche Tierwelt der Region dar. Eine Studie des Wildlife Institute of India aus dem Jahr 2016 stellte einen starken Rückgang von Pflanzen-, Vogel- und Säugetierarten in Saranda fest. Alarmierenderweise konnten die Naturschützer\*innen keinen einzigen Elefanten ausmachen.

*Publikation von Gladson Dungdung zum Thema: Mission Saranda - A war for natural resources in India. XXVIII + 244 p. Bir Buru Ompay Media & Entertainment LLP, Ranchi 2015. Zu beziehen durch sarini/Johannes Laping: 14 Euro plus Versandkosten: sarini-jl@gmx.de.*

Im Prinzip sind Saranda und seine Bewohner\*innen durch das Waldrechtegesetz von 2006 geschützt. Dieses gibt den Adivasi das Recht, zu entscheiden, wie die Wälder, in denen sie leben, genutzt werden dürfen. Aber die Regierung von Jharkhand verweigert mindestens 4.000 der Waldbewohner\*innen Ausweis-

papiere und behauptet fälschlicherweise, sie seien illegale Landbesetzer\*innen. Meine Bemühungen, ihnen und anderen Adivasi, die mit Vertreibung und staatlichen Repressalien konfrontiert sind, zu helfen, haben dazu geführt, dass ich fälschlicherweise in drei Polizeifälle verwickelt wurde und mein Pass zweimal beschlagnahmt wurde. Einmal wurde ich sogar aus einem Flug nach London ausgeladen, wo ich auf einer Konferenz über Indiens drastische Verletzungen der Rechte der Adivasi sprechen sollte. Da sich ihre Wälder und Felder in Krater verwandelten und die Flüsse entweder austrockneten oder durch Eisenerzstaub rot wurden, war eine unbekannte Anzahl Adivasi gezwungen, Saranda zu verlassen, um auf weit entfernten Baustellen, in Ziegeleien und anderen Industrien zu arbeiten.

*Gladson Dungdung, India's Coronavirus Refugees Are Also Development Refugees. The pandemic has increased the desperation of a population already facing economic exploitation and environmental destruction*

Veröffentlicht am 20. Juni 2020 in:

<https://www.scientificamerican.com/article/indias-coronavirus-refugees-are-also-development-refugees/>



*Saranda Forest 2006: Die Singhbum Mineral Company markiert den Bereich ihrer Abbaurechte – über eine Fläche von mehr als 141 Hektar. Foto: Johannes Laping*

### **Nr. 75/3: Bangladesch: David gegen Goliath: Die Mro wehren sich gegen ein Tourismusprojekt der Armee**

*Wie beispielsweise auch im benachbarten Myanmar ist die Armee von Bangladesch unternehmerisch tätig. In den Chittagong Hill Tracts im Südosten des Landes soll von Armee-Einheiten in Kooperation mit einem Privatunternehmen ein Tourismuskomplex errichtet werden – auf Kosten der ethnischen Minderheit*

*der Mro (auch bekannt unter den Namen Mru, Murong, Taung Mro, Mrung und Mrucha), die dort ihren angestammten Lebensraum haben. 106 Individuen und 82 Organisationen haben einen offenen Brief unterzeichnet, der am 1. Dezember 2020 an Premierministerin Sheikh Hasina versendet wurde. Wir zitieren den Brief in Auszügen.*

Dorfbewohner\*innen der Mro-Gemeinschaft sind von der Vertreibung aus acht ihrer angestammten Dörfer auf dem Chimbuk-Gebirgszug in den Distrikten Bandarban und Chittagong bedroht, weil auf ihrem angestammten Land ein Fünf-Sterne-Hotel gebaut werden soll. Mitarbeitende des Army Welfare Trust und ein gigantisches Unternehmen - die zur Sikder-Gruppe gehörende R&R Holdings Ltd.- haben sich gemeinsam das für Wanderfeldbau genutzte Land der alteingesessenen Bauern und Bäuerinnen, den Dorfwald, die Feuerbestattungsplätze, andere heiligen Stätten sowie verschiedene Obstgärten widerrechtlich angeeignet, um das Hotel zu bauen und das angrenzende Land für Trekking, Schwimmen, Seilbahnfahrten etc. zu nutzen.

Wie wir erfahren haben, haben die Armee von Bangladesch und die Sikdar-Gruppe am 12. September 2020 bekannt gegeben, dass das Fünf-Sterne-Hotel auf dem Chimbuk-Gebirgszug in einem Joint Venture zwischen der 24. Infanteriedivision der Armee von Bangladesch mit Sitz in Chittagong, der 69. Infanteriebrigade mit Sitz in Bandarban, dem Army Welfare Trust und der Sikder-Gruppe (R&R Holdings) gebaut werden soll. Neben dem Hotelgebäude sollen 12 separate Luxusvillen, eine moderne Seilbahn und ein Schwimmbecken errichtet werden.

Einige der Dorfbewohner\*innen sind bereits zur Räumung gezwungen worden, andere sind durch den Bau des Hotels und der damit verbundenen Infrastruktur bedroht. Ungefähr 400 Hektar ihres Landes werden durch dieses Projekt beeinträchtigt werden. Mitglieder der Mro und anderer indigener Gemeinschaften befürchten, dass der Bau des Hotels Land für den Wanderfeldbau, heilige Stätten, Wälder, Wasserressourcen und die Artenvielfalt in der Region beschädigen wird. Die indigenen Mro in Kapru Para, Dola Para und Era Para werden

letztlich vertrieben werden, während die Dorfbewohner\*innen in Markin Para, Long Baitong Para, Mensing Para, Riamanai Para und Menring Para von Vertreibung bedroht sind, wenn dieses Hotel und das damit verbundene Tourismusprojekt in Betrieb geht. --- Der Bau des Luxushotels und der damit verbundenen touristischen Einrichtungen wird das soziale, wirtschaftliche, traditionelle und kulturelle Gefüge des indigenen Volkes der Mro und seiner Gemeinschaft nachhaltig zerstören. Die Mros haben keine alternative Möglichkeit, ohne dieses Land zu überleben, außerdem wird diese Vertreibung und Räumung zu einer Zerstörung in der Geschichte der Zivilisation des indigenen Volkes der Mro führen.

Der Bau eines Fünf-Sterne-Hotels und die Errichtung damit verbundener touristischer Einrichtungen würde in wirksamer Weise die Verantwortung und Verpflichtung der bangladeschischen Behörden nach nationalem und internationalem Recht verletzen, die Rechte der indigenen Völker nach nationalem und internationalem Recht zu schützen und zu fördern. Vielmehr sollte die Regierung der indigenen Gemeinschaft die notwendige Unterstützung zukommen lassen, um ihre eigene selbstbestimmte Entwicklung zu verwirklichen. [...]

Die Mro-Gemeinschaft, die Proteste gegen das Projekt organisiert hat, behauptet, dass sie Drohungen und Einschüchterungen ausgesetzt gewesen sei. Der friedliche Widerstand gegen den Bau wurde als "terroristische Aktivität" eingestuft. Die Organisation derartiger Aktivitäten setzt die Akteur\*innen dem Risiko aus, getötet oder gefoltert zu werden, ins Gefängnis zu kommen oder anderweitig inhaftiert zu werden.

Am 8. November 2020 organisierte die Gemeinschaft jedoch eine Menschenkette und eine Demonstration auf dem Chimbuk-Gebirgszug. Der einzigartige Protest war eine kulturelle Machtprobe: Gemeinschaftsangehörige aller Altersgruppen aus 16 Dörfern haben an der Veranstaltung teilgenommen. Nach ihrer einmaligen Demonstration behaupten die Mro-Dorfbewohner\*innen, dass sie von Armeeinghörigen gezwungen wurden, sich am 16. November in der Stadt Bandarban an einer inszenierten Menschenkette gegen diese Bewegung

der Mro-Völker zu beteiligen. Zwei Mros wurden gezwungen, während dieses gefälschten und inszenierten Protestes Erklärungen zu verlesen. Nachdem sie dies der Presse erzählt hatten, wurden sie mit Drohungen gegen ihr Leben konfrontiert.

Die Präsenz von Armeeinghörigen und Spionen der Sicherheits- und Geheimdienste in den Dörfern der Studentenführer und Menschenrechtsverteidiger hat in den letzten zwei Wochen exponentiell zugenommen. Die Gemeinschaftsangehörigen werden von Armeeinghörigen befragt, die Informationen über den Aufenthaltsort der Jugendlichen haben wollen, welche die Proteste organisieren. Diese verstecken sich nun und fürchten um ihr Leben. Die Dorfbewohner\*innen werden per Telefon oder persönlich schikaniert. Sie werden aufgefordert, sich in Armeelagern einzufinden, wo sie stundenlang warten müssen, woraufhin sie dann einige Stunden körperlich und seelisch gedemütigt und gefoltert werden.

Die Armee hat den Gemeinschaftsangehörigen öffentlich gedroht, sie wahllos durch das Legen von Buschfeuern zu töten, sollten sie in Zukunft irgendwelche Proteste oder Demonstrationen planen oder durchführen.

[https://iwgja.org/en/news/3916-help-protect-indigenous-mro-forced-eviction-sign-open-letter.html?utm\\_source=IWGIA+Newsletter&utm\\_campaign=f6e5e060c5-EMAIL\\_CAMPAIGN\\_2020\\_03\\_24\\_12\\_09\\_COPY\\_01&utm\\_medium=email&utm\\_term=0\\_707c098168-f6e5e060c5-205739370](https://iwgja.org/en/news/3916-help-protect-indigenous-mro-forced-eviction-sign-open-letter.html?utm_source=IWGIA+Newsletter&utm_campaign=f6e5e060c5-EMAIL_CAMPAIGN_2020_03_24_12_09_COPY_01&utm_medium=email&utm_term=0_707c098168-f6e5e060c5-205739370)

---

Adivasi-Rundbrief Nr. 75, April 2021

Herausgeber: Adivasi-Koordination in Deutschland e.V., Hans Escher, Weiherstr. 12, 35578 Wetzlar, [escher\\_hallwas\[at\]freenet.de](mailto:escher_hallwas[at]freenet.de); Dr. Theodor Rathgeber, 34132 Kassel. Spenden zur Deckung der Kosten sind sehr erwünscht. Spendenkonto der Adivasi-Koordination bei der Evangelischen Bank, IBAN DE 60 5206 0410 0004 0037 64 BIC GENODEF1EK1. Vertrieb: Einzelzustellung (per email) und Beilage in der Zeitschrift SÜDASIEN. Die Veröffentlichung des Rundbriefes in SÜDASIEN wird gefördert durch das Evangelische Missionswerk (EMW) Hamburg. Sämtliche Adivasi-Rundbriefe sind zugänglich unter [www.adivasi-koordination.de](http://www.adivasi-koordination.de)